TEIL A PLANZEICHNUNG WA1 --------ED 0 30-49° as Planzeichen "II Zulässig nur Erdgeschoß und Dachgeschoß, 🖊 Höchstgrenze 2 Vollgeschoße , wobei das eine Geschoß im Dachraum liegen muß " wird geändert in "II Zahl der Vollgeschoße (Höchst zulässig)". Geändert gemäß Beschluß der Gemeindevertretung vom 12.12.1996 zur Erfüllung der Maßgaben und Auflagen gemäß Genehleader Try migung des Landkreises Nordwestmecklenburg vom 23.10.1996 Bürgermeisterin A. FÜR DIE FESTSETZUNGEN TITITI FLÄCHE FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ ZUR PFLEGE Ü. ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT WA ALLGEMEINES WOHNGEBIET NACH MASSGABE DES § 1 ANPFLANZE VON BÄUMEN DER TEXTLICHEN FEST SETZUNGEN GESCHOSSFLÄCHENZAHL (HÖCHSTZULÄSSIG) = GFZ BAUMBESTAND GRUNDFLÄCHENZAHL (HÖCHSTZULÄSSIG) = GRZ ANPFLANZEN VON STRÄCHERN ZAHL DER VOLLGESCHOSSE BORDSTEINRADIUS (HÖCHSTZULASSIG) → → → → ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG ODER BAUWEISE OFFENE BAUWEISE NUR EINZELHÄUSER ZULÄSSIG GRENZE DES RAUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES NUR EINZELHÄUSER UND DOPPELHÄUSER ZULÄSSIG BEBAUNGSPLANES ___ BAUGRENZE B. FÜR HINWEISE STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN BESTEHENDE GRUNSTÜCKSGRENZEN VERKEHRSGRÜNFLÄCHEN ---- VORSCHLAG ZUR TEILUNG DER GRUNDSTÜCKE STRASSENBEGRENZUNGSLINIE AUCH GEGENÜBER VERKEHRS= VORSCHLAG ZUR SITUIERUNG VON GEBÄUDEN RAD- UND FUSSWEG VORSCHLAG ZUR SITUIERUNG VON GARAGEN OFFENTLICHE PARKPLÄTZE VORSCHLAG ZUR SITUIERUNG VON STELLPLÄTZEN FREIZUHALTENDES SICHTDREIECK MIT MASSANGABEN FLURSTÜCKSNUMMERN REGENRUCKHALTEBECKEN PARKANLAGEN ÖFFENTLICH

Das Planzeichen "Grünflächen privat"wird gestrichen. Geändert ge

Bürgermeisterin

mäß Beschluß der Gemeindevertretung vom 12.12.1996 zur Erfüllung (der Maßgaben und Auflagen gemäß Genehmigung des Landkreises Nord-

westmecklenburg vom 23.10.1996.

SPIELPLATZ ÖFFENTLICH

GRÜNFLÄCHEN PRIVAT

EIL B TEXT

Satzung der Gemeinde Pingelshagen

Aufgrund des § 10 des BauGB in der Fassung vom 8. Dezember 1986 (BGB1. I S. 2253), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Baugesetzbuches vom 30. Juli 1996 (BGBl. I,S. 1189), nach §86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern vom 26.April 1994 (GS Meckl.-Vorp. Gl.Nr.2130-3) sowie der Baunutzungsverordnung (BauN-VO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23.Jan.1990 (BGB1.I, S.132), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22.Apr. 1993 (BGB1.I, S.466) sowie der Verordung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18.Dez.1990 (BGB1. 1991.I. S.58) wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung vom .04.94.../974...und mit Genehmigung des Landrates des Landkreises Nordwestmecklenburg folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 1 "Am Aubach" Allgemeines Wohngebiet am nördlichen Ortsrand der Gemeinde Pingelshagen, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen.

TEXTTEIL

I. Planungsrechtliche Festsetzungen

Art und Maß der baulichen Nutzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

Das Baugebiet wird als Allgemeines Wohngebiet (WA) im Sinne des § 4 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Neufassung vom 23.01.1990 (BGB1. I S. 132) festgesetzt.
 Die im § 4 Abs. 3 BauNVO aufgeführten Ausnahmen sind nicht zulässig.
 Hauptgebäude II sind mit Sattel- oder Krüppelwalm-, Walm- oder Mansardwalmdächern und einer Dachneigung von 30 bis 43 Grad zu bauen. Die Haupt- und Nebengebäude müssen parallel zur Straße gebaut werden.
 Die Erdgeschoßfußbodenhöhe darf bei Hauptgebäuden mit I und II mieht hähre als 20 am über mittlenen Gebäudehähren parainhet.

nicht höher als 30 cm über mittlerer Geländehöhe errichtet werden.

4. Die Traufhöhe (Abstand zwischen der mittleren Oberkante Gelände und der Traufe) der Hauptgebäude II darf nicht mehr als 3,50 m und die Firsthöhe nicht mehr als 9,00 m über Erdge-

5. Auf den Grundstücken sind die vorhandenen Geländehöhen zu erhalten.
6. Die Anzahl der Wohnungen in Einzelhäusern und Doppelhaushälften sind auf 2 Wohnungen maximal begrenzt.

§ 2 Bauweise gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

 Garagen und Nebengebäude sind innerhalb der Baugrenzen zu errichten.
 Nebengebäude sind mit Garagen zusammenzubauen.

 Der Einbau von Wohnungen und Garagen in Kellergeschossen von Einzel- und Doppelhäusern ist nicht zulässig.
 Es ist nur eine offene Bauweise zulässig.

§ 3 Mindestgröße für Baugrundstücke gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB

Baugrundstücke für freistehende Einzelhäuser müssen eine Mindestgröße von 600 gm aufweisen.
 Baugrundstücke für eine Doppelhaushälfte müssen 400 gm aufweisen.

Stauräume für PKW gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

Vor den Garagen sind Stauräume anzuordnen. Sie dürfen zu den Erschließungsstraßen hin nicht eingefriedet werden. Thre Tiefe muß mindestens 6,00 m betragen.

3 5 Öffentliche Grünflächen

Die Ortsrandbegrünung nordöstlich und südöstlich des Baugebietes soll mit heimischen Strauchwerk und heimischen Laubbäumen mit einem Stammumfang von 16 - 18 cm abwechselnd bepflanzt werden. Die Freiflächen werden als extensive Nutzung (Blumen- u. Magerrasenwiesen) festgesetzt. Düngung ist nicht gestattet und die Mahd soll 2 x - 4 x jährlich erfolgen, jedoch nicht vor Ende Juni. Im Bereich südöstlich der Ortsrandbegrünung befindet sich ein Kinderspielplatz und ein Regenrückhaltebecken. Der Bereich des Kinderspielplatzes wird intensiv genutzt und kann daher häufiger gemäht werden. Im Spielplatzbereich sind giftige Sträucher- und Baumbepflanzungen untersagt. Das Regenrückhaltebecken ist naturnah zugestalten. Die Wege durch die Ortsrandbegrünung sind als wasser-

2. Innenhofbegrünung

gebundene Decke auszuführen.

Diese Fläche soll mit heimischem Strauchwerk und heimischen Baumgruppen bepflanzt werden. Die Freifläche wird als extensive Nutzung festgesetzt.

3. Auswahlliste zur Gehölzverwendung

Bäume :

Linde - Tilia cordata Hainbuche - Carpinus betulus Feldahorn - Acer campreste Eberesche - Sorbus aucuparia

Fasel - Corylus avellana

Sträucher:

Hartriegel - Cornus alba

Weißdorn - Crataegus monogyna

Schlehdorn - Prunus spinosa

Heckenkirsche - Lonicera xylosteum

Faulbaum - Rhamnus frangula

Pfaffenhütchen - Euonymus europaeus

Schneebeerc (weiß) - Symphoricarpos albus

Hundsrose - Rosa canina

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs.1 Nr 20 BauGB

Diese Fläche befindet sich im Norden des Geltungsbereiches. Auf dieser Ausgleichsfläche werden heimische Laubbäume und heimisches Strauchwerk mit einem Anteil von 35 % bepflanzt. Die Anordnung soll gruppenartig erfolgen. Die Freiflächen werden als extensive Nutzung (Blumen- und Magerwiesen) festgesetzt. Düngung ist nicht gestattet und die Mahd soll 2 x jährlich erfolgen, jedoch nicht vor Juni Ein wassergebundener Weg durchzieht dieses Gebiet. Es gilt hier ebenfalls die Auswahlliste für Gehölzarten des § 5 Nr.3. Alle zu pflanzenden Gehölze unterliegen einer Gewährleistungspflege von 2 Jahren.

Der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft sind alle privaten und öffentlichen Grundstücke im Plangebiet zugeordnet, die aufgrund der Festsetzung dieses Bebauungsplanes in Natur und Landschaft eingreifen.

Straßenbegleitgrün gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB

Entlang der Verkehrsführung wird einseitig ein Straßenbegleitgrün angelegt. Als Straßenbaum soll der Kugelahorn - Acer Globosum mit einem Stammumfang von 16-18 cm gepflanzt werden. Diese Bäume unterlieger ebenfals einer Gewährleistungspflege von 2 Jahren. Desweiteren sollen auf den verbleibenden Flächen Bodendecker gepflanzt werden.

II. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

Gestaltung der Hauptgebäude gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 86 Abs. 4 LBauO M-V

Nebenfirstrichtungen sind zulässig, wenn sie mit gleicher

Dachneigung wie das Hauptgebäude ausgeführt werden.

Dachaufbauten sind nur in Form von Dachgauben zulässig. Die Länge der Dachgauben darf die Hälfte der Länge einer Dachseite nicht überschreiten. Die Fensterhöhe darf höchstens 1,25 m und die Fußvorlage (Abstand zwischen Traufe und Gauben im Bereich der Dachfläche) mindestens drei Pfannenreihen betragen.

Der First ist immer über die Langseite der Hauptgebäude zu

Garagen und Nebengebäude sind mit Flachdächern oder eine dem Wohnhaus angepaßte Dachform zu bauen. Die Firsthöhe darf nicht mehr als 6,00 m über dem Erdgeschoßfußboden liegen.

Außenwände sind als verklinkerte oder verputzte Mauerflächen auszuführen. Im Giebelbereich sind Holzverkleidungen möglich.

§ 2 Einfriedungen

6. Dachvorsprünge bis zu 40 cm an den Giebeln und 60 cm an den

Traufen sind erlaubt.

Werden Einfriedungen errichtet, so dürfen sie an der Straßenfront nicht höher als 1,00 m sein. Die Bodendielen oder Sockel müssen mindestens 10 cm und dürfen nicht höher als 30 cm über Gehsteigbzw. Straßenhinterkante errichtet werden.

Zur freien Landschaft hin dürfen Sockel oder Borddielen nicht höher als 15 cm eingebaut werden.

Sichtdreiecke Die in der Bebauungsplanzeichnung eingetragenen Sichtdreiecke sind

von Sichtbehinderungen jeder Art über 0,70 m Höhe über Straßenachse ständig freizuhalten.

.

§ 1 Bodendenkmäler

Nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand sind von der geplanten Maßnahme keine Bodendenkmale betroffen, jedoch könnten hierbei jederzeit archäologische Funde entdeckt werden. Der Beginn der Erdarbeiten muß 2 Wochen vorher dem Landesamt für Bodendenkmalspflege angezeigt werden. Werden "unvermutet" Bodendenkmale entdeckt, ist dies gem. DSchG § 1 Abs. 2 unverzüglich der unteren Denkmalschutzbehörde anzuzeigen.

IV. Verfahrensvermerke

Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 246 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 3 BauNVO beteiligt werden.

Pingelshagen, den .28:0197.

Die Bürgermersterin

B. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 ABS. 1 Satz 1 BauGB ist am . 135.96... durchgeführt worden.

Pingelshagen, den . 28.04.97.

Die Bürgermeisterin

Die Gemeindevertretung hat am ... 21.5.36 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Pingelshagen, den 28.01.37

Die Bürgermeisterin

Pingelshagen, den 28.01.97

Die Bürgermeisterin

7. Der katastermäßige Bestand am .1.7.96 wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, daß eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstabl. ...38.71. vorliegt. Regreßansprüche können nicht abgeleitet werden.

Der Kartasteramtsleiter

Ber Kartasteramtsleiter

Bestähigken. überein.

B. Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahme der Träger örfentlicher Belange am ...7:8:96... geprüft. Das Ergebnis ist

Pingelshagen, den 2001,37.

Die Bürgermeisterin

9. Der Entwurf des Bebauungsplanes ist nach der öffentlichen Auslegung (Ziffer 6) geändert worden.

Daher haben die Entwürfe des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text sowie der Begründung, in der Zeit vom bis zum während folgender Zeiten erneut öffentlich ausgelegen. (Dabei ist bestimmt worden, daß Bedenken und Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden konnten). Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, in der Zeit vom bis zum durch Aushang orts-

 Montag
 8.30 - 12.00 und 13.00 - 16.00 Uhr

 Dienstag
 8.30 - 12.00 und 13.00 - 18.00 Uhr

 Mittwoch
 8.30 - 12.00 und 13.00 - 16.00 Uhr

 Donnerstag
 8.30 - 12.00 und 13.00 - 16.00 Uhr

 Freitag
 8.30 - 11.00 Uhr

üblich bekanntgemacht worden.

10. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Pingelshagen, den

Die Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin

12. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurden am . . 7.8.26. von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß der Gemeindevertretung vom . . 7.8.26.... gebilligt.

14. Die Nebenbestimmungen wurden durch den satzungsändernden Beschluß der Gemeindevertretung vom 12:12.9%. erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Verfügung des Landrates des Landkreises Nordwestmecklenburg vom 13:02:93....
Az.... bestätigt.

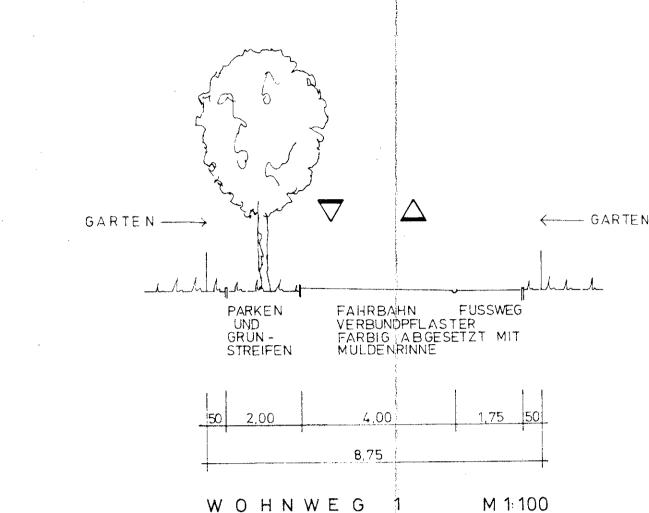
PPNGE Burgermeisterin

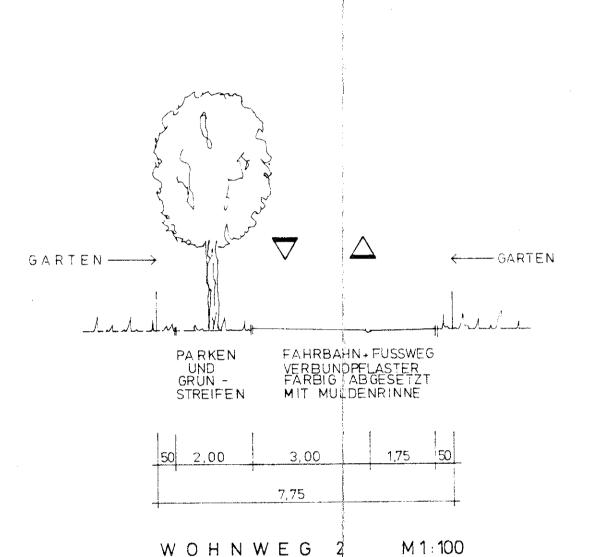
15. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.

Pirchen, den 18.01.97

Die Bürgermeisterin

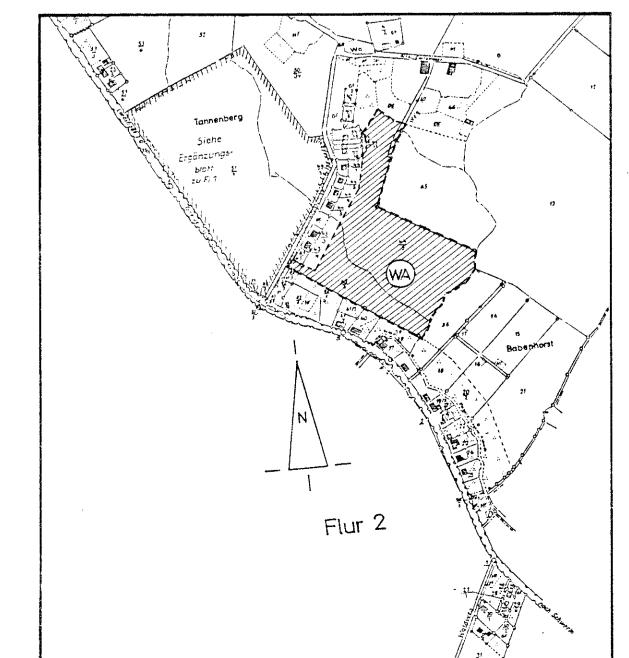
STRASSENQUERSCHNITTE





SATZUNG DER GEMEINDE PINGELSHAGEN KREIS NORDWESTMECKLENBURG

BEBAUUNGSPLAN NR.1 ALLGEMEINES WOHNGEBIET "AM AUBACH"



ÜBERSICHTSLAGEPLAN

Der Textteil wurde in seiner Gliederung, jedoch nicht vollständig inhaltlich, geändert.

